



Keine falschen Versprechungen

AUTOR
Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirtin/
Leitung Research
Telefon: 0 69/91 32-20 24
research@helaba.de

REDAKTION
Dr. Stefan Mitropoulos

HERAUSGEBER
Helaba
Landesbank
Hessen-Thüringen
MAIN TOWER
Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/91 32-20 24
Telefax: 0 69/91 32-22 44

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron tritt als Europäer auf. Dies ist im Umfeld zunehmender Europaskepsis sehr zu begrüßen. Bereits zu seinem Amtsantritt 2017 wurde die Europahymne gespielt. Zuletzt hat er mit einem Aufruf in zahlreichen europäischen Zeitungen für Furore gesorgt.

Auch wenn die Art und Weise der Kommunikation neu ist, die grundlegende Herangehensweise zur Fortentwicklung Europas entspricht dem traditionellen französischen Ansatz, der sich auch bei der Schaffung der europäischen Währungsunion durchgesetzt hatte: Vergemeinschaften und auf Konvergenz hoffen.

Die Entwicklung der Währungsunion der letzten 20 Jahre hat gezeigt, dass sich Konvergenz nicht automatisch einstellt. Nunmehr mit weiteren Instrumenten neben der gemeinsamen Geldpolitik auch noch die Schulden und die Sozialsysteme zu vereinheitlichen und einen gemeinsamen Mindestlohn einzuführen, also die Konvergenz quasi mit der Brechstange schaffen zu wollen, ist sicherlich ein sehr gewagtes Experiment mit hohen Risiken.

Das Ziel Macrons, Europa zu stärken, ist sicherlich richtig, der Weg sollte aber ein anderer sein. Die Weiterentwicklung der EU kann nur gelingen, wenn sich die Staaten bei aller notwendigen Zusammenarbeit in ihrer Souveränität respektiert fühlen. Der schwebende Brexit ist ein Beispiel dafür, welcher Schaden angerichtet werden kann, wenn diese Voraussetzung nicht mehr erfüllt scheint. Deshalb ist die Subsidiarität als eines der Grundprinzipien zu beachten, etwa in der Haushaltspolitik. Zu groß sind die Risiken, dass Handeln und Haften noch mehr entzweit und Konsolidierungsbemühungen in den einzelnen Ländern gänzlich aufgegeben werden. Der in Frankreich tief verankerte Glaube an eine Industriepolitik entspricht nicht dem europäischen Grundprinzip des Wettbewerbs. Vergemeinschaftung ist hingegen dort anzustreben, wo Vielfalt keine Stärke ist. Dies gilt insbesondere für die Sicherheits- und Außenpolitik.

Die Chancen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung erhöhen sich nach meiner Einschätzung durch folgende Handlungsmaxime: Rückbesinnung auf das, was bereits vorhanden ist, um die Komplexität zu begrenzen. Regeln müssen verlässlich gelten, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Das Regulierungsdickicht ist zu lichten, um Europa verständlicher zu machen. Zur gemeinsamen Arbeit am Haus Europa gehört aber auch, das Verständnis von Transferzahlungen und Strukturfondsmitteln zu überdenken. Zu sehr scheint das Ziel, möglichst viel herauszuholen, mittlerweile in den Vordergrund gerückt.

Es gilt dort anzusetzen, wo Europa für alle sichtbar wird. Nur wenn Europa keine abgehobene Idee ist und nicht der Verlust von Einfluss damit verbunden wird, kann eine weitere Ausbreitung nationalstaatlichen Denkens, das sich EU-weit in Wahlen gezeigt hat, verhindert werden.

Letztendlich sollten die Versprechungen nicht zu vollmundig ausfallen. Eine vollkommene Konvergenz ist nämlich nicht zu erwarten. Selbst in Deutschland konnte das erklärte Ziel „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ nicht erreicht werden. Vielmehr zeigt der Blick beispielsweise auf die Landkreise in Hessen, dass der Wohlstand zwischen einzelnen Regionen sehr unterschiedlich verteilt ist – trotz aller wirtschaftspolitischen Anstrengungen.

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

Niemand käme auf die Idee, deshalb die Zusammensetzung des Landes Hessens in Frage zu stellen. Bei Europa sieht dies jedoch ganz anders aus. Wer verspricht, dass mit mehr Zentralisierung alles gleich gut wird, läuft entweder Gefahr, dass es überall schlechter wird oder das Vertrauen in das europäische Projekt gänzlich verloren geht. ■